

Abzubauenende Polarisierungen

Diesen Konflikt hatte Bischof Wölber im Sinn, als er, seit 1967 um die konfessionelle Öffnung der VELKD bemüht, zugleich eine Besinnung über das *gesellschaftspolitische Engagement* der EKD für geboten erklärte. Es kam Wölber gelegen, daß er von der lutherischen Generalsynode im Mai 1969 zum Leitenden Bischof der VELKD gewählt wurde. Aber ein halbes Jahr später wagte er sich auf der Generalsynode von Tutzing im Oktober 1969 (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 504f.) etwas zu früh und ohne ausreichende Absprache mit der Arnoldshainer Konferenz mit seinem Plan einer Generalbereinigung des konfessionellen Problems innerhalb der EKD heraus in Gestalt seiner restaurativ mißzuverstehenden Idee einer „Deutschen Evangelischen Kirche Augsburgischer Konfession“. Er dachte wohl nicht im Sinne analoger Pläne von 1933, er hatte die Glaubenskrise von heute und morgen im Auge, aber die Kritik traf ihn von beiden Seiten. Während Präses J. Beckmann ihn in einem Brief auf die fortschreitenden Ergebnisse der Arnoldshainer Konferenz zur Überwindung des Gegensatzes in der Abendmahlsfrage hinweisen ließ, ging der lutherische Bischof von Lübeck, H. Meyer, so weit, ihm Verrat an der VELKD vorzuwerfen. Das war ein reinigendes Durchgangsstadium, um zu den Prozeduren dieses Frühjahrs zu gelangen.

Der gemeinsamen Sitzung der Theologischen Kommission war in Schönberg (Taunus) eine zweitägige Sitzung der Arnoldshainer Konferenz vorausgegangen. Prof. M. Fischer, Berlin, erklärte danach dem Evangelischen Pressedienst (23. 3. 70), man wolle mit der geplanten „Gemeinsamen Erklärung“ die theologische Basis für eine durchgreifende Erneuerung der EKD schaffen. Ihre zentralen Organe, soweit sie noch für die BRD amten, sollen gestärkt werden. Man denke jedoch nicht an Gleichmacherei, sondern an eine „gegliederte Einheit“ nach Art der VELKD bzw. der Arnoldshainer Konferenz. Diese Frage ist insoweit drängend, als demnächst die Synode der EKD die Folgerungen aus der Lostrennung der Kirchen in der DDR zu ziehen hat. Günstig für die in Aussicht genommene Koordination mag sein, daß als erste Lutherische Landeskirche Oldenburg unter Füh-

rung von Bischof H. H. Harms der Arnoldshainer Konferenz beigetreten ist und die Evangelische Landeskirche von Württemberg Gästestatus erworben hat. Nun ist allerdings zu bedenken, daß diese beiden Landeskirchen auch schon früher nur bedingt der VELKD zugehörten. Eine Wolke am Horizont ist, daß das Projekt einer *Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 92) noch nicht, wie erhofft, alle Hürden der Landessynoden der zu vereinigenden Kirchen passiert hat. Von hier aus erwächst möglicherweise Bischof Wölber und seinem zeitgemäßen Plan unbelehrbarer Widerstand konservativer Kräfte. Er mag das vorausgesehen haben, so daß er seine ganze Kraft der neuen Planung widmen muß, und hat deshalb Mitte März seinen Sitz im Rat der EKD abgegeben, vielleicht auch aus einer taktischen Überlegung, daß ein *künftiger Rat* der wie auch immer genannten Evangelischen Kirche etwas völlig Neues darstellen werde, so daß er die neue Position besser von außen her bestimmen und gewinnen könnte, möglicherweise nach dem zu erwartenden Rücktritt von Bischof K. Scharf, der zur Zeit Landesbischof Dietzfelbinger als Ratsvorsitzender vertritt und der typische Repräsentant der „Bekennenden Kirche“ geblieben ist. Es ist kaum anzunehmen, daß seine Erfahrungen mit den Lu-

theranern ihm neue Erkenntnisse und eine neue Zuversicht abnötigen werden. So spielt bei der angestrebten Lösung der Faktor Zeit — wie auch anderwärts — eine nicht unbeträchtliche Rolle. Man wird auch damit zu rechnen haben, daß die sog. Extreme rechts wie links von der Koordinierung abspringen und noch eine Zeitlang eine Splitterexistenz führen werden.

Eine Bundeskirche

Jedenfalls, Bischof Wölber hat für den kirchlichen Protestantismus in der BRD die Existenzfrage gestellt, und es ist anzunehmen, daß er im Angesicht der „Zeichen der Zeit“ das ebenso leidige wie allmählich langweilige konfessionelle Problem in der evangelischen Kirche aus der Welt schaffen wird. Sein Verhandlungspartner, Landesbischof Heidland, ließ auf der Frühjahrssynode der Evangelischen Kirche in Baden durchblicken, man sei fest entschlossen, die veralteten Landeskirchen dynastischer Herkunft nicht wieder aufleben zu lassen. Das Drängen nach vorn komme aus der Unruhe, „die Stunde der Einheit der Kirche zu verpassen“. Ihm schwebt daher eine *Bundeskirche* vor mit starker Führung, die auch den Herausforderungen moderner Irrlehren, dem Säkularismus oder Humanismus, gewachsen sei (epd, 13. 4. 70).

Ökumenische Konsultationen der Religionen

Auf Initiative und unter Verantwortung des Ökumenischen Rates der Kirchen fand vom 15. bis 25. März 1970 in Ajaltoun bei Beirut eine Konsultation zwischen Hindus, Buddhisten, Christen und Muslimen statt. Zu den drei Hindus gehörte Dr. Sivaraman von der Benares Hindu Universität; unter den vier Buddhisten befanden sich zwei Mönche aus der Theravada-Tradition und der Zen-Gelehrte Prof. Masao Abe aus Kyoto; die Muslim waren Prof. Mukti Ali aus Indonesien, Hasan Askari, Soziologe der Osmania Universität in Hyderabad, und Prof. Hassan Saab von der Libanesischen Universität in Beirut. Zu bemerken ist, daß ein mit großem gegenseitigem Interesse erwarteter Vertreter der Al Azhar in Kairo keinen Paß bekommen konnte. Unter den

Christen waren Metropolit G. Khodr, griechisch-orthodoxer Erzbischof des Libanongebirges, P. Y. Moubarac, Maronit und Islam-Gelehrter, Prof. J. Lopez-Gay (Gregoriana, Rom), Bischof K. Cragg, (gegenwärtig in Kairo), St. Samartha (Genf), der die Konsultation vorbereitet hatte, und Prof. H. J. Margull (Hamburg), der sie leitete.

Fortsetzung von Kandy

Die Konsultation war die Folge aus einer Reihe von Dialogen, die seit einigen Jahren von einigen mit dem Ökumenischen Rat in Verbindung stehenden Studienzentren in Asien gewagt und mit nicht unerheblichen Anfangsschwierigkeiten begonnen worden waren. Und sie war die Konsequenz aus dem sich in den letzten

Jahren immer mehr verstärkenden Ruf nach dem Dialog. Dieser Ruf war unter besonderer Beachtlichkeit in der vom Genfer Referat für Fragen der Verkündigung angeregten Studie über „Das Wort Gottes und der moderne nicht-christliche Glaube“ zur Geltung gekommen und hatte in diesem seit 1955 laufenden Unternehmen mehr und mehr die theologische Ausgangsfrage um Kontinuität oder Diskontinuität zwischen den Religionen und dem Worte Gottes überholt. Ausschlaggebend war dabei eine in die theologische und speziell dogmatische Diskussion eindringende neue Sensitivität für Situationen, die vor allem angesichts der *sich vertiefenden Erfahrung des gemeinsamen Menschseins* entstand und unter einer neuen Gewißheit der in Christus geschehenen Versöhnung entwickelt wurde. Während der in raschen Schritten voraneilenden ökumenischen Diskussion kam es zu der weitbekannten *Konferenz von Kandy* (Ceylon) 1967, bei der von den römisch-katholischen Gesprächspartnern die Resultate der Konzilsdiskussion und etwa die Rahnerschen Neuansätze zum Verständnis der Religionen eingebracht wurden (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 217). Mit Kandy setzte sich in der ökumenischen Diskussion die Rede von den Menschen anderen Glaubens durch, und zwar nicht in allen Fällen in der Ignoranz des reformatorischen Glaubensbegriffes. Aus dem Kandy-Bericht (deutsch in: „Evangelische Missions-Zeitschrift“ Jhg. 24, 1967, S. 83 ff. und in: „Ökumenische Diskussion“ Jhg. 3, 1967, S. 61 ff.) ist der folgende auf einfachen Ausdruck bedachte Passus interessant: „Wir glauben, daß Christus gegenwärtig ist, wenn immer ein Christ in einen aufrichtigen Dialog mit jemand anderem eintritt. Der Christ vertraut darauf, daß durch den Nächsten Christus selbst zu ihm sprechen und, umgekehrt, Christus durch ihn zu dem anderen sprechen kann ... Es gehört zum Wesen des Dialogs, daß man wirklich etwas Neues erwartet — die Erschließung einer neuen Dimension, deren man vorher noch nicht gewahr gewesen ist.“

Das erkennbar Neue

Die Konsultation von Ajaltoun war klein, sie sollte wegen ihres theologisch auch noch keineswegs abgeklärten Gegenstandes vorläufig unbeacht-

tet bleiben. Tatsächlich fand sie eine für die Teilnehmer gelegentlich beängstigende Publizität. Und dies offenbar der Tatsache wegen, daß hier im Unterschied zu internationalen religionswissenschaftlichen Kongressen eine Zusammenkunft zwar mit keineswegs voll autorisierten Vertretern einzelner Religionen zu beobachten war, wohl aber ein Gespräch, bei dem Menschen *für* und nicht nur *über* ihre religiösen Traditionen sprachen und zumindest die Christen für ihre Kirchen *verbindlich* sprechen wollten. Es war immerhin eine Konsultation, über die der Zentralauschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen beschlossen hatte und über die er weiter hören wollte. Für die große Schar der Interessierten vor allem unter Christen und Muslimen in Beirut verband sich mit der in Nähe ihrer Stadt tagenden Konsultation, der ersten ihrer Art, die freilich nur schüchtern geäußerte Hoffnung einer Annäherung der Religionen, zumindest aber der ja wohl schon längst fälligen und nun vielleicht möglichen Schritte über die alten verfestigten Positionen hinaus in eine der Gegenwart (wie auch immer) angemessene neue Aussage und neue Handlung.

Etwas von diesem Neuen kam. Schon am zweiten Tage der Konsultation nahm einer der *muslimischen* Gesprächsteilnehmer, freilich ein Shi'it, die plötzlich in die Überlegungen eingeworfene Frage, warum „andere“ eigentlich der Christen bedürften, auf und sagte, er entbehre in dem ihm überlieferten Glauben an Gott den Gott, der *leidet*, deshalb werde er auch mit dem Leiden nicht fertig und deshalb hätten die Muslime auch einen ungenügenden Bezug zur Wirklichkeit. Später legte er seinen Beitrag in der folgenden Form schriftlich nieder: „In der Diskussion über den christlich-muslimischen Dialog ergab sich die Frage, worin Christen der Muslime und die Muslime der Christen bedürften, und dabei kam es zu einem großen Moment der Konvergenz, als nämlich von muslimischer Seite gesagt wurde, daß der Islam, der seine Geschichte in Triumph und Ruhm begonnen hatte, zur Bewältigung des historischen Rückschlags auf das christliche Verständnis des Leidens angewiesen sei ... in dem die Identität von Glaube und Geschichte transzendiert wird.“

In diesem Zusammenhang fiel in der

in Englisch geführten Diskussion das Stichwort *incompleteness*, Unfertigkeit. Was gemeint war, blieb definitorisch mehrdeutig, wurde also nicht erledigt, sondern gerade in der Mehrdeutigkeit offengehalten für eine weitere und tiefere Ausschöpfung. Was war gemeint? Unfertigkeit des je eigenen Glaubens, darüber hinaus der Glaubensüberlieferung, vielleicht eines gesamten religiösen Systems oder gar der Offenbarung in ihren historischen Fixierungen? Jedenfalls war das von einem Muslim gelieferte Stichwort für Christen und Muslime zugleich das Signal für die denkbare Möglichkeit einer über die gegenwärtigen religiösen Formationen weiter hinausschreitenden Geschichte und damit für die glaubbare Hoffnung auf das, was noch nicht ist. Und für einen Hindu füllte sich im Zwiegespräch mit einem Christen dieses Stichwort unter dem Aspekt des Gegensatzes „Ganzheit“, wobei dem ersten wie dem zweiten einsichtig wurde, daß *Heil* jedenfalls ohne die Frage nach dem Heil des anderen „unvollständig“ und deshalb eben noch nicht Heil sei.

Bejahung der Mission?

Die sich an dieses Gespräch anschließende *Diskussion über die Mission* erbrachte nach einigen nicht gelinden Anfragen an die christliche Missionstätigkeit zwei überraschende Ergebnisse. Keiner der Gesprächsteilnehmer forderte das Ende der Mission. Eine *Alternative* von Mission oder Dialog, wie sie jenseits des tatsächlichen Dialogs immer wieder heraufbeschworen wird, kam überhaupt nicht in den Blick. Es wurde im Gegenteil klar, daß dort, wo Glaube ist, auch Zeugnis dieses Glaubens sei und sein müsse und daß das Fehlen oder ein Mangel an Zeugnis auf einen fehlenden oder ungewissen Glauben deute. Auch die anwesenden Hindus waren dieser Meinung. Gleichzeitig aber kam zum Ausdruck, daß Mission dann auch *offen* zu geschehen habe und Missionare nicht unter Umgehung eines der Wahrheit gewidmeten Religionsgespräches die in ihrer Religion Schwachen gewissermaßen hintenherum angehen dürften. Das zweite Ergebnis lag in dem einschlägigen Beitrag eines in Singapore arbeitenden *buddhistischen* Mönches, der zu den Christen gewandt sagte, daß von christlichen Missionaren manches Waisenkind

aufgelesen worden sei, vermutlich auch in der Hoffnung auf die Taufe dieses Kindes, daß es aber dort, wo diese Aussicht nicht bestünde, etwa bei einer armen und „verwaisten“ buddhistischen Institution solche Hilfe nicht gäbe: „Monatelang habe ich versucht, in einer methodistischen Schule für eine Stunde in der Woche ein Zimmer für meine buddhistische Sonntagsschule zu bekommen, erfolglos...“

Es kann wohl sein, daß über diesen Beitrag in den weiteren Verhandlungen über die Konsultation von Ajaltoun, vor allem auf der nächsten Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates, ernsthaft gesprochen werden wird. Ein Dialog, so wurde in Ajaltoun sehr schnell

herausgefunden, legt Motive frei und leitet deren Reinigung und Berichtigung ein. Damit ergeben sich nicht nur einige Fragen für das Verständnis und die Durchführung christlicher Mission, sondern auch für Planung und Vollzug der zwischenkirchlichen Hilfe.

Dialog zwischen allen Religionen

Im übrigen hat mit dieser kleinen Konsultation eine *Dialogbewegung* von offenbar universalem Ausmaß Gestalt gewonnen. Die Konsultation war ursprünglich nur zur Überprüfung einiger Dialogversuche in Asien und der recht pauschal erscheinenden Auslassungen über den Dialog von Kandy 1967 geplant worden. Des-

halb lagen die in Europa und Amerika geübten *christlich-jüdischen Gespräche* auch außerhalb des Blickfeldes, und an Einladungen an Juden wurde nicht gedacht. Als die Konsultation begann, war sie an diesem Punkt bereits weit überholt. Nicht mehr nur die Untersuchung gewisser Experimente lag im Erwartungshorizont, sondern der Dialog selber, und zwar unter Vertretern *aller* Religionen. Eine nächste Konsultation ist ohne Menschen jüdischen Glaubens nicht mehr denkbar. Eine übernächste dürfte einige Marxisten einschließen. In der Zwischenzeit wird die Initiative des Ökumenischen Rates gewiß in solchen anderer religiösen Organisationen und Gruppen ihr Echo finden.

Vorgänge und Entwicklungen

Das römische Rahmengesetz zur Priesterausbildung

Mit dem am 16. März 1970 von Kardinal G. Garrone, dem Präfekten der Unterrichtskongregation, bekanntgegebenen neuen Rahmengesetz für die Priesterausbildung, das wir im letzten Heft (S. 188) kurz anzeigten, kam die Unterrichtskongregation dem auf der ersten Bischofsynode 1967 mehrheitlich geäußerten Wunsch nach, eine „ratio fundamentalis“ als Leitprogramm für die nationalen bzw. regionalen Seminarordnungen aufzustellen (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 581—585). Der „Osservatore Romano“ (17. 3. 70) veröffentlichte das Dokument auszugsweise. Der lateinische Wortlaut (eine 67seitige Broschüre) wurde den Ordinariaten übermittelt. Er konkretisiert das Konzilsdekret über die Priesterausbildung („Optatum totius“), das in Abschnitt 1 die orts- und zeitgebundene Anpassung der allgemeinen Richtlinien den nationalen Bischofskonferenzen überläßt. Aus diesem Grunde wurden bisher keine Ausführungsbestimmungen erlassen. Das neue Rahmengesetz versteht sich umfassend als Neuordnung sowohl der theologischen Studien wie der asketisch-pastoralen Ausbildung in den Seminaren. Für die Weiterbildung der Priester, welche das Rahmengesetz ebenfalls kurz erwähnt, wurden von der Kleruskongregation inzwischen eigene Richtlinien veröffentlicht (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 104 ff.).

Nicht isoliert zu sehen

Das neue Rahmengesetz trifft auf keine Tabula rasa. Fast in allen Ländern, einschließlich denen der Dritten Welt und bei den Episkopaten der kommunistisch regierten Staaten, steht die Reform der Priesterausbildung seit dem Konzil fast regelmäßig auf den Konferenzprogrammen der Bischöfe. Die *Deutsche Bischofskonferenz* gab im Frühjahr 1968 eine „Neuordnung der theologischen Studien für Priesterkandidaten“ zur Erprobung auf fünf Jahre frei, um die es damals zu einer scharfen Kontroverse kam (vgl.

Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 105—108; K. Rahner, „Stimmen der Zeit“, Januar 1968 und ebd. März 1968; N. Lohfink, „Stimmen der Zeit“, Februar 1968). In Österreich wurde ebenfalls eine neue Studienordnung für Seminare und theologische Fakultäten vom Parlament verabschiedet und von der Bischofskonferenz gebilligt. Die Durchführungsbestimmungen sollen demnächst veröffentlicht werden. Auf der diesjährigen Frühjahrssitzung verabschiedete die deutsche Bischofskonferenz „Leitlinien für die Priesterausbildung in Deutschland“, die gegenwärtig in Rom zur Approbation vorliegen, ebenfalls ad experimentum auf fünf Jahre (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 502 und ds. Jhg., S. 139. Wir hoffen im nächsten Heft noch darauf zurückzukommen). Auch eine „Grundordnung für die Ausbildung des Diakons“ wurde bereits am 7. März 1968 für eine dreijährige Probezeit verabschiedet. In Frankreich approbierten die Bischöfe auf ihrer Vollversammlung im Oktober 1966 neue Richtlinien für eine Reform der Großen Seminare, nach denen die künftige Priesterausbildung in drei Etappen ablaufen soll (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 400 f.). Das jetzige Rahmengesetz überschneidet sich zum Teil mit nationalen Regelungen. Wohl deswegen mußten auch die deutschen „Leitlinien“ entgegen ursprünglicher Erwartung Rom zur Billigung vorgelegt werden. Die neue römische *ratio fundamentalis* soll für die Reformversuche der nationalen Episkopate, wie Kardinal G. Garrone in einem Leitartikel im „Osservatore Romano“ (16./17. 3. 70) ausführte, „Hilfe“, aber zugleich auch „Norm“ sein. Als Norm übt sie eine doppelte Kontrollfunktion aus. Sie normiert präventiv die Ausarbeitung neuer nationaler Studien- und Seminarordnungen, sodann werden im Approbationsverfahren diese selbst nach dem neuen „Rahmen“ bemessen. Bei aller flexiblen und differenzierten Textgebung wird durch die Umschreibung in der Einleitung, was am Rahmen *allgemeine Leitlinie* und was ver-